

„... ein so wichtiger Akt wie die Namengebung“.

Die Martin-Luther-Schule im Spannungsfeld von Kontinuität und Neubeginn der 1950er Jahre*

Beginnen wir mit einem Gedankenexperiment. Stellte sich heute, im Jahre 2008, die Frage nach einem Namen, einem neuen Namen, für ein Marburger Gymnasium – worauf fiel wohl die Wahl? Wie hoch stünden die Chancen, dass man auf Martin Luther als Namensgeber zurückgriffe? Welche Namen kämen in die engere Wahl? Historische Persönlichkeiten wie Claus Graf Stauffenberg oder Sophie Scholl, Konrad Adenauer oder Willy Brandt, Bertolt Brecht oder Thomas Mann? Eine lokale geographische Bezeichnung wie „Gymnasium am Biegen“ oder „Lahnwiesen-Schule“? Wer nur die Marburger Diskussionen über die Umbenennung des Wilhelmsplatzes in Hanno-Drechsler-Platz in Erinnerung hat, der weiß, dass Namensgebungen – zumal im öffentlichen Raum – nie einfach sind, dass sie auf Vorbehalte stoßen und Kontroversen auslösen können.

Namensgebungen im öffentlichen Raum sind symbolische Politik; sie sind immer wieder auch Geschichtspolitik. Und in einer pluralistischen Gesellschaft sind Symbolpolitik und Geschichtspolitik so umstritten wie andere Politikbereiche auch. Um Namen wird gerungen, weil sie Aussagen treffen. Über Benennungen wird gestritten, weil sich ein Gemeinwesen, aber auch eine Institution wie beispielsweise eine Schule, in ihnen wiederfinden und widerspiegeln möchte. Namensgebungen sind – im privaten wie im öffentlichen Bereich – soziale Praktiken, Handlungen also, die nicht im luftleeren Raum schweben, sondern die sozialkulturell bestimmt, zumindest aber beeinflusst sind. Das macht die Namensgebungen selbst, aber auch die Kontroversen, die sich um eine

* Dies ist die leicht überarbeitete Fassung meines Vortrags vom 10.9.2008. Der Vortragsstil wurde weitestgehend beibehalten, auf einen Anmerkungsapparat verzichtet. Einige weiterführende Literaturhinweise befinden sich am Ende des Textes.

Benennung entspinnen, für den Historiker interessant. Und von daher findet der Historiker auch in der Verleihung des Namens „Martin-Luther-Schule“ für das damalige „Gymnasium für Jungen“ durch den Magistrat der Stadt Marburg, den der hessische Kultusminister im Februar 1958 bestätigte, ein Thema, dessen Bedeutung über den Gegenstand im engeren Sinne weit hinausreicht.

Wie haben wir die Verleihung des Namens „Martin-Luther-Schule“ im Kontext der deutschen Nachkriegsgeschichte zu betrachten? Wie haben wir sie vor dem Hintergrund der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der Ära Adenauer, die in Hessen auch eine Ära Zinn war (1950-1969), zu bewerten? Wie stellt sich also die Auseinandersetzung über den neuen Namen, die von Ende 1955 bis in den Februar 1958 andauerte, im Licht der deutschen Zeitgeschichte dar? Diesen Fragen möchte ich nachzugehen versuchen und damit 50 Jahre nach der Verleihung des Namens nicht nur einen komplexen Entscheidungsprozess nachzeichnen, sondern diesen Entscheidungsprozess zugleich historisch einordnen. Aus der Sicht des Wissenschaftlers, eines Marburger Wissenschaftlers, sei damit auch ein Beitrag geleistet zur Selbstverortung und zur Selbstverständigung der Martin-Luther-Schule im Jahre 2008. Denn diese bliebe unvollkommen ohne ein kritisches historisches Bewusstsein. Vergegenwärtigen wir uns aber zunächst noch einmal in aller Kürze die Entwicklung in den fünfziger Jahren. Ein von den Ministerpräsidenten der Bundesländer im Februar 1955 unterzeichnetes Abkommen zur „Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens“ führte in Hessen wenige Monate später zu einem Erlass des Ministeriums für Erziehung und Volksbildung, der die Schulen dazu verpflichtete, ab 1956 „neben der Bezeichnung der Schulart einen Eigennamen zu führen“. Auf diesen Erlass hin sei 1956, so stellte es der damalige Schulleiter Fritz Dickmann nur wenige Jahre später dar, der Schule durch Beschluss des Magistrats der Stadt Marburg als Schulträger der Name „Martin-Luther-Schule“ verliehen worden. Wirksam freilich wurde die Namensverleihung nur durch die Zustimmung des Kultusministers zu diesem Beschluss. Diese erfolgte erst zwei Jahre später, Anfang 1958. Dickmanns Rückblick, 1963 anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Schule verfasst, stellte die Wahl des Schulnamens als naheliegend und sachlogisch völlig konsequent dar: Die Heilige Elisabeth, Landgraf Philipp, die Brüder Grimm, Behring und Ubbelohde seien bereits in den Namen anderer Marburger Schulen geehrt,

und, so Dickmann, „da Martin Luther durch das Religionsgespräch von 1529 mit der Geschichte unserer Stadt eng verbunden ist, wurde sein Name gewählt“.

Was der Schulleiter nur wenige Jahre nach den Ereignissen feststellte, glättete freilich den Verlauf der Dinge. Denn Dickmann selbst hatte zunächst die Umsetzung des ministeriellen Erlasses für das Marburger Jungengymnasium als problematisch bezeichnet, da „alle mit der Geschichte Marburgs verknüpften wirklich großen Namen bereits als Schulbezeichnung Verwendung gefunden haben“. Der Direktor scheint dann allerdings recht bald auf den Vorschlag des Magistrats eingeschwenkt zu sein. Damit begab er sich in Widerspruch zur Meinung fast seines gesamten Lehrerkollegiums. Dieses nämlich lehnte den Namen „Martin-Luther-Schule“ vehement ab und trat stattdessen dafür ein, das Gymnasium „Deutschhaus-Schule“ oder „Deutschherren-Schule“ zu nennen. Das Kollegium, das sich mit seiner Position an den Magistrat, ja zuletzt sogar noch an den Minister in Wiesbaden wandte, machte mehrere Gründe gegen die Verwendung des Namens Martin Luther beziehungsweise für den Bezug auf den Deutschen Orden geltend. Erstens: Die Bezeichnung „Luther-Schule“ könne „als konfessionell bestimmt missverstanden werden. Das völlig spannungsfreie und gute Miteinander beider Konfessionen an der Schule könne dadurch Schaden nehmen. Zweitens: Eine ernsthafte lokalgeschichtliche Beziehung zwischen Martin Luther und der Stadt Marburg bestehe nicht, und in der Tat hatte ja Luthers Teilnahme am Religionsgespräch von 1529 zusammen mit anderen protestantischen Theologen seiner Zeit – unter ihnen Philipp Melanchthon und Ulrich Zwingli – mit Marburg selbst nur wenig zu tun.

Demgegenüber erfülle der Name „Deutschhausschule in ungewöhnlicher Weise alle Wünsche, die man mit dem Namen einer Schule verbinden kann. Einmal hat der Deutsche Orden seit dem 13. Jahrhundert für die Entstehung und Entwicklung Marburgs eine entscheidende Rolle gespielt, so dass neben der Erinnerung an Landgraf Philipp und an die Heilige Elisabeth in den Namen des humanistischen Gymnasiums und der Höheren Mädchenschule nun auch die dritte geschichtliche Kraft Marburgs im Namen einer Schule festgehalten wäre. Dann aber hat der Orden keineswegs nur eine lokalgeschichtliche Bedeutung, und eine Entscheidung im Sinne unserer Bitte trüge in besonders geeigneter Weise der Anregung des Ministerialerlasses Rechnung, bei der

Wahl der Namen ‚kulturelle Gegebenheiten aus dem deutschen Osten heranzuziehen, um die geistige Verbindung mit den Vertreibungsgebieten aufrechtzuerhalten‘. ... Nach dem Verlust aller Ordensbauten im Osten scheint es uns eine Pflicht zu sein, gerade in einer Stadt, die so echte Beziehungen zu den verlorenen Gebieten hat wie Marburg, die Erinnerung an die große Bedeutung wach zu halten, die die Ostgebiete für die kulturelle Entwicklung Deutschlands besitzen. Das kann kaum besser geschehen als in einer Schule.“ Trotz dieser elaborierten Argumentation konnte sich das Kollegium nicht durchsetzen.

Namensverleihungen, Neubenennungen oder Umbenennungen sind in der deutschen Geschichte gerade des 20. Jahrhunderts keine Seltenheit. In ihnen spiegelt sich die wechselvolle Geschichte Deutschlands, das in der ersten Hälfte des Jahrhunderts innerhalb von nur drei Jahrzehnten drei dramatische Wechsel des politischen Systems erlebte, die sich mit den Jahren 1918/19, 1933 und 1945/49 verbinden. Bezieht man die zweite Hälfte des Jahrhunderts und die DDR mit ein, so tritt mit 1989/90 ein vierter, nicht minder dramatischer Wandel hinzu.

Die Martin-Luther-Schule machte damit nicht erst in den fünfziger Jahren ihre Erfahrungen. Bereits 1933, unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, erhielt die damalige Oberrealschule den Namen „Adolf-Hitler-Schule“. Schulleitung und Lehrerschaft hatten daran keinen Anteil. Sie wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die „Namensweihe“ fand bereits am 1. Mai 1933 statt und stand im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe weiterer Um- und Neubenennungen von Straßen und Schulen, welche die NSDAP mit ihrer absoluten Mehrheit in Stadtparlament und Magistrat bereits Anfang April durchgesetzt hatte. Dass Marburg damit eine der ersten Städte im Reich war – wenn nicht die erste Stadt –, die eine „Adolf-Hitler-Schule“ hatte, kann kaum überraschen angesichts der schon vor 1933 starken Position der Nationalsozialisten in der Universitätsstadt. Marburg war eine Nazi-Hochburg. Die Schulleitung der Oberrealschule unter Direktor Walter Brand vollzog den Beschluss des städtischen Schulträgers, wenn auch, wie es scheint, ohne sonderliche Begeisterung. Eine „Nazi-Schule“ ist die Martin-Luther-Schule nie gewesen.

Sang- und klanglos verschwand der Name „Adolf-Hitler-Schule“ 1945 wieder. Seit 1946 hieß die Schule „Realgymnasium für Jungen“ – ohne weiteren Namenszusatz. Man hatte

in der Zusammenbruchsgesellschaft zunächst andere Sorgen, als Schulen neue Namen zu geben. Das galt auch für das Marburger Realgymnasium, das nicht nur mit Raumnot, mit fehlenden Unterrichtsmitteln und mit Lehrermangel zu kämpfen hatte, sondern zugleich auch mit einem kräftigen Anstieg der Schülerzahl vor allem durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen. Über 600 Schüler wurden im Schuljahr 1946/47 an der Schule unterrichtet, nachdem die Zahl in den Kriegsjahren auf zwischen drei- und vierhundert gefallen war.

Aber es stellte sich doch auch die Frage, welchen Namen man der Schule hätte geben können so unmittelbar nach dem Ende von Diktatur und Krieg und angesichts der entsetzlichen Verbrechen, die nicht nur, wie es damals der allgemeine Sprachgebrauch war – und wie es gelegentlich auch heute noch zu hören ist – in deutschem Namen“, sondern von Deutschen verübt worden waren; Verbrechen, von denen, wie wir heute wissen, die Deutschen, auch diejenigen, die nicht direkt oder indirekt an ihnen beteiligt waren, viel mehr wussten, als sie sich nach 1945 zuzugeben bereit waren. Wo lagen Namen, die auf anschlussfähige Traditionslinien deutscher Geschichte und Kultur hätten verweisen können? Wohin man auch blickte, bis weit ins Mittelalter schien die deutsche Geschichte diskreditiert und kontaminiert. Und jede Namensgebung hätte vermutlich kontroverse Reaktionen ausgelöst. So ruhte die Namensfrage, bis der Beschluss der Kultusminister von 1955 sie wieder auf die Tagesordnung setzte.

In den zehn Jahren, die seit dem Kriegsende vergangen waren, hatten sich in Deutschland in rasender Geschwindigkeit und mit enormer Dynamik grundstürzende politische und gesellschaftliche Veränderungen ergeben. Angetrieben durch den Ost-West-Konflikt und die machtpolitische Konfrontation der Supermächte USA und Sowjetunion waren aus den vier Besatzungszonen, in die Deutschland 1945 eingeteilt worden war, 1949 zwei Staaten entstanden. Scharf beobachtet von den Alliierten, hatten die Vertreter der westdeutschen Länder in den Jahren 1948/49 eine freiheitlich-demokratische Verfassung ausgearbeitet, die am 23. Mai 1949 in Kraft trat und den Aufbau der politischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland leitete. Im August 1949 hatten die ersten Bundestagswahlen stattgefunden, denen sich die Bildung einer bürgerlichen Regierungskoalition unter Bundeskanzler Konrad Adenauer anschloss.

Adenauer verfolgte vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an einen Kurs der politischen

Westintegration, durch die die Bundesrepublik fest und unwiderruflich nicht nur in das westliche Allianz- und Bündnissystem, sondern in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien eingebunden werden sollte. Das Ziel der Wiedervereinigung, obwohl in der Präambel des Grundgesetzes als Staatsziel vorgegeben, trat hinter diesen Primat der Westbindung zurück. Sowjetische Angebote, einen neutralisierten gesamtdeutschen Staat zu schaffen, wie die berühmten Stalin-Noten von 1952, von denen wir heute freilich wissen, dass sie von Moskau lanciert worden waren, um die Bonner Westpolitik zu stören, stießen auf die strikte Ablehnung Adenauers und der Westmächte. Insbesondere der Bundeskanzler zeigte sich überzeugt, dass ein starkes westliches Bündnis unter Einschluss der Bundesrepublik früher oder später die Wiedervereinigung bringen werde. Zunächst aber vertiefte sich die Teilung. Das Jahr 1955 mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und der DDR in den Warschauer Pakt markierte eine weitere Etappe der Spaltung, der Mauerbau von 1961 die nächste, die härteste und unmenschlichste. Hatte die SPD-Opposition zunächst noch Adenauers Westkurs scharf bekämpft, so vollzog sie mit ihrem Godesberger Programm von 1959 einen Schwenk und stellte sich mit Herbert Wehners berühmter Bundestagsrede im Jahr darauf vorbehaltlos auf den Boden der Westintegration.

In dieser internationalen Konstellation vollzog sich der Wiederaufbau in der westdeutschen Gesellschaft der fünfziger Jahre. Aber es blieb nicht bei diesen politischen Veränderungen. Zusammen mit der demographischen Verwirbelung der Jahre zwischen Stalingrad und der Währungsreform erzeugte der wirtschaftliche Boom, der in der Folge des Korea-Kriegs 1950 einsetzte, das „Wirtschaftswunder“, eine enorme gesellschaftliche Veränderungs- und Modernisierungsdynamik. Diese Dynamik können wir in den unterschiedlichsten Bereichen fassen: von der Urbanisierung über die Automobilisierung bis hin zur Veränderung des Freizeitverhaltens. Aber auch klassen- und schichtenspezifische Lebensstile und Traditionen schwächten sich in den fünfziger Jahren im Aufstieg der Konsumgesellschaft ab. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang exemplarisch der Rückgang der Zahl von Dienstmädchen, vor allem aber – und wichtiger – die breitere Erreichbarkeit von Statussymbolen, die zuvor durch das Einkommen begrenzt war. Das Auto ist hier sicher das wichtigste Beispiel, aber auch ein Blick auf Kleidung oder Wohnungseinrichtung belegt diesen Befund. Damit ist freilich noch wenig

gesagt über fortbestehende Strukturen sozialer Ungleichheit. Dem französischen Kultursoziologen Pierre Bourdieu verdanken wir die Einsicht, dass die „feinen Unterschiede“ wichtiger werden, wenn – im Zeichen von Wohlstand und wachsender Konsummöglichkeiten – die „groben Unterschiede“ verschwimmen. Schülerkleidung und Schülermoden sprechen hier bis in unsere Gegenwart eine deutliche Sprache, wenn wir sie nicht gar als Hinweis darauf bewerten wollen, dass soziale Ungleichheit als politisches Thema wie als gesellschaftliche Realität an Bedeutung wieder gewonnen hat. Und man könnte diesen Argumentationsgang fortsetzen im Blick auf die Zunahme privater Schulen. Darin werden freilich nicht nur alte oder neue Strukturen sozialer Ungleichheit erkennbar, sondern auch die Probleme eines öffentlichen Bildungssystems, das nur mit Mühe – und mit sehr begrenzten Ressourcen – in der Lage ist, mit den schul- und bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte umzugehen, ohne dabei die Qualität des Unterrichts abzusenken. Angesichts einer Modernisierungsentwicklung, die die Gesellschaft der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren breit erfasste – politisch, gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell – ist in den letzten Jahren die Kennzeichnung der Ära Adenauer als Zeit einer Restauration von der zeithistorischen Forschung einhellig verworfen worden. Schon immer stellte sich ja die Frage angesichts des von Walter Dirks, dem linkskatholischen Mitbegründer der „Frankfurter Hefte“, 1950 erhobenen Befunds über den „restaurativen Charakter der Epoche“, was denn eigentlich genau in der jungen Bundesrepublik restauriert worden sein sollte: Der Nationalsozialismus? Die Weimarer Republik? Das wilhelminische Kaiserreich? Hinter dem Vorwurf der Restauration, den Dirks freilich viel, viel klüger entfaltet hatte als die meisten, die dieses Urteil später nachbeteten, stand die politische Unzufriedenheit mit dem Weg, den die Westdeutschen nach 1945 und vor allem nach 1949 genommen hatten. Das betraf die Grundentscheidung für die Marktwirtschaft ebenso wie – ganz konkret – die politische Dominanz der Unionsparteien unter Adenauer, die sich bekanntermaßen mit den Bundestagswahlen 1953 nicht abschwächte, sondern verstärkte, bevor sie mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit durch die Union 1957 ihren Höhepunkt erreichte. Die Forschung wertet heute die fünfziger Jahre übereinstimmend als Periode rasanter Modernisierung. Kritischere Stimmen sprechen von „Modernisierung unter konservativen

Auspizien“ oder – differenzierter – von „Modernisierung im Wiederaufbau“ und betonen dabei die Ambivalenzen der Entwicklung. Und man muss ja auch deutlich sehen, dass beispielsweise die politisch-institutionelle Demokratisierung, so wie sie sich im Grundgesetz und in den Länderverfassungen sowie in der reibungslosen Arbeit der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder äußerte, keineswegs gleichbedeutend war mit einer womöglich punktgenau am 23. Mai 1949 durchgesetzten gesellschaftlichen und kulturellen Liberalisierung, einem Durchbruch von westlichem Freiheitsverständnis und zivilgesellschaftlicher Orientierung. Es dauerte mindestens ein Jahrzehnt, bis sich auch in der Sozialkultur der Bundesrepublik jene Verwestlichung bemerkbar zu machen begann, die institutionell im Grundgesetz und außenpolitisch in der Westintegration seit den frühen fünfziger Jahren ihren Ausdruck gefunden hatte. Entgegen einer erst in den letzten Jahren relativierten Sichtweise war allerdings nicht erst „1968“ der Beginn gesellschaftlicher Liberalisierung in der Bundesrepublik. APO und Studentenbewegung waren vielmehr nur Ausprägungen neuer soziopolitischer und soziokultureller Orientierungen, die sich schon seit Anfang der sechziger Jahre gesellschaftlich durchzusetzen begonnen hatten. Man denke beispielsweise an die „Spiegel-Krise“ von 1962 oder auch an Veränderungen der Jugendkultur.

Doch zurück in die fünfziger Jahre. Das Verharren weiter Teile der westdeutschen Gesellschaft in den politischen, sozialen und kulturellen Orientierungen der Vorkriegszeit lässt sich generationell erklären. Fest verankerte und tief verinnerlichte mentalitäre Dispositionen verändern sich – wenn überhaupt – nicht von heute auf morgen. Doch über den Verweis auf die Prägungen einer oder mehrerer Generationen hinaus liefert uns auch ein klar identifizierbares, breites soziales Streben nach Sicherheit einen weiteren Erklärungsansatz für das zunächst eher langsame Voranschreiten gesellschaftlicher Liberalisierung in den fünfziger Jahren.

Erklären lässt sich dieses Sicherheitsstreben, verstanden als ein Bedürfnis nach kompensierender Stabilität, mit der außerordentlichen Veränderungsdynamik in allen Lebensbereichen seit der letzten Kriegsphase. Und diese Veränderungsdynamik endete ja nicht mit der Gründung der Bundesrepublik, sondern setzte sich als „Periode aufregender Modernisierung“, wie es Hans-Peter Schwarz, einer der besten Kenner der Ära Adenauer, genannt hat, weit in die fünfziger Jahre hinein fort. Angesichts dieser Dynamik und

angesichts des enormen Tempos des Wandels erhöhte sich das Bedürfnis der Menschen, gerade in ihrer individuellen Existenz, in ihrem unmittelbaren persönlichen Umfeld wieder festen, wieder sicheren Boden unter den Füßen zu gewinnen. So meinte Wiederaufbau für die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen, sich wieder häuslich einzurichten nach der Katastrophe, durch Fleiß und Sparsamkeit eine gesicherte bürgerliche Existenz zu erreichen und dafür alle Chancen zu nutzen, die sich durch die ständige wirtschaftliche Verbesserung boten.

Der soziokulturelle Orientierungshorizont war für die meisten dabei jedoch nicht eine zwar bessere, aber letztlich doch unbekannte Zukunft. Orientierungshorizont war vielmehr die verlorene Normalität der Vergangenheit, jener guten alten Zeit, die die Mehrzahl der Bundesbürger in den sogenannten „Friedensjahren“ des Nationalsozialismus und, mehr noch, in den letzten Jahren des Kaiserreichs vor 1914 erblickte. Auf die Allensbach-Frage „Wann in diesem Jahrhundert ist es nach Ihrem Gefühl Deutschland am besten gegangen?“ verwiesen 1951 45 Prozent der Befragten auf das Kaiserreich, 40 Prozent auf die Jahre zwischen 1933 und 1939.

Materiell erzeugte die Wirtschaftswundergesellschaft spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre die ersehnte „Normalität“. Aber Normalisierung bezog sich nicht nur auf materielle Sicherheit, nicht nur auf Wohlstand und Konsummöglichkeiten. Der materielle Wohlstand schuf Sekurität. Und so wie die ökonomischen Krisen nach 1918 insbesondere die deutschen Mittelschichten – das Bürgertum – verunsichert, ihr Selbstbewusstsein und ihre Zukunftsgewissheit erschüttert und damit auch die Legitimität der Weimarer Republik ausgehöhlt hatten, so gewann jetzt die junge Bundesrepublik Legitimität und Stabilität. Dies war freilich nicht nur eine deutsche Entwicklung. Vergleichbare Phänomene soziokultureller Rückwärtswendung können wir in ganz Westeuropa identifizieren. Ihre Ursache liegt – ganz allgemein – in der politischen, sozialen und kulturellen Desorientierung der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Im deutschen Falle allerdings wurde dieser Prozess – paradoxerweise – verstärkt durch die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und durch das kollektive Bemühen, neu anzufangen; dabei den Blick aber eben viel eher nach hinten als wirklich nach vorne gewandt.

Aufmerksamen zeitgenössischen Beobachtern entging diese Ambivalenz nicht. Zu ihnen gehörte auch Fritz Dickmann, seit 1946 Leiter des Marburger Realgymnasiums, der zu

Beginn der sechziger Jahre auf die Zeit nach dem Krieg zurückschaute und zu dem Urteil kam: „Das Charakteristische des Neuanfangs von 1945 war ja, dass man rückwärts anstatt vorwärts schaute – die Zukunft schien völlig dunkel – und einfach da wieder anknüpfen wollte, wo man 1933 aufgehört hatte. Alle, auch die besten Demokraten, dachten mehr oder weniger konservativ ...“.

Kein Zweifel, das Gymnasium stand in den fünfziger Jahren unter konservativer Hegemonie. Aber man muss doch auch sehen – und Fritz Dickmann insofern leicht korrigieren –, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in den ersten Jahren nach 1945, die Alliierten, zum Teil aber auch deutsche Reformer, durchaus eine grundlegende Umgestaltung des Schulwesens angestrebt hatten. Doch diese Umgestaltung scheiterte. Nach einer Aufbruchphase, die bis etwa 1950 dauerte, konnten die konservativen Kräfte in Politik, Kirche und Lehrerschaft nicht nur die Dreigliedrigkeit des Schulwesens und – mit wenigen Ausnahmen – die vierjährige Dauer der Grundschule durchsetzen. Auch das Auslese- und Eliteparadigma des Gymnasiums wurde beibehalten beziehungsweise wiederhergestellt, das Konzept zweier polarer Geschlechtscharaktere, um nur einen weiteren Aspekt zu nennen, blieb vorherrschend. Und was das schulische Leitbild betrifft, so kehrte das Gymnasium“, wie es der Freiburger Historiker Torsten Gass-Bolm in einer wichtigen Studie jüngst noch einmal zusammengefasst hat, „zum neuhumanistischen Bildungsideal der individuellen Selbstvervollkommnung zurück, die anhand zeitlos gültiger Werte von Christentum, Antike und deutscher Klassik zu erlangen sei – gebündelt im Begriff des ‚christlichen Humanismus‘.“

In der Orientierungssuche der Nachkriegszeit, in der die Deutschen fast verzweifelt nach Traditionsbeständen suchten, die durch den Nationalsozialismus nicht diskreditiert, ja nicht pervertiert worden waren, bot dieser Konservatismus einen Ausweg. Aber der Verweis auf die Orientierungslosigkeit angesichts der Erfahrung des Nationalsozialismus reicht nicht aus, um den schulischen und schulpolitischen Konservatismus zu erklären. Ein Schlüssel zum Verständnis der konservativen Tendenz insbesondere der fünfziger Jahre ist die Modernitätsangst des Gymnasiums. Man studiere die Abiturreden jener Zeit, man lese bildungspolitische Programmschriften. Immer wieder wurde die Gegenwart als „krisengeschüttelt“ charakterisiert. Man lebe in einer Zeit des Materialismus, der Oberflächlichkeit, der Vermassung, der Technik, die den Menschen entmachte. Ängste

vor Krieg und nuklearer Vernichtung gesellten sich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges hinzu. Und zugleich erlebte man einen beispiellosen sozioökonomischen Wandel: Urbanisierung, Industrialisierung, wachsende Mobilität, Aufstieg des Massenkonsums.

Was bedeutete diese industriell-technische Modernität, so fragten viele, für soziale und kulturelle Werte und Normen? In den bürgerlichen Mittelschichten, der sozialen Trägergruppe des Gymnasiums, fürchtete man, dass die Selbstbestimmung des Individuums durch die Unterordnung unter die Technik und die Einordnung in die „Masse“ verloren gehe. So ist der Konservatismus des Gymnasiums der fünfziger Jahre als Ausdruck der Suche nach Stabilität in Zeiten der Verunsicherung zu verstehen. „Den Gefahren der Moderne“, um noch einmal Gass-Bolm zu zitieren, „begegnete man mit traditionellen Konzepten und den ewigen Werten des ‚christlichen Humanismus‘.“

Das hatte – es verwundert wenig – auch eine dezidiert antikommunistische Wendung. Im Kommunismus sahen viele, nicht nur Christlich-Konservative, die Schreckensvision der Moderne. Modernitätskritik kam in den fünfziger Jahren immer wieder im Gewande des Antikommunismus daher, und noch die rückwärtsgewandtesten politischen Ideen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen erhielten dadurch eine höhere Legitimität. Im deutschen Falle wurde der Antikommunismus zusätzlich befeuert durch die Entwicklungen in der DDR, und nicht nur in der Schul- und Bildungspolitik waren ganz unterschiedliche Reform- oder Erneuerungskonzepte allein dadurch zu diskreditieren, dass man auf angeblich oder tatsächlich ähnlich gerichtete Bestrebungen in der DDR verwies.

Die Gesellschaftsordnung sollte Schutz vor der kommunistischen Bedrohung bieten. Das bezog sich nicht nur auf die Außen- und Bündnispolitik. Das Konzept einer „Politik der Stärke“ angesichts der östlich-kommunistischen Herausforderung schloss stets Wirtschaft und Gesellschaft mit ein. Die politisch-ideologische Sprache der Zeit bestätigt das.

Geradezu inflationär war sie von Metaphern wie „Bollwerk“, „Schutzwall“ oder „Deichbau“ durchsetzt. Von der anbrandenden „roten Flut“ war immer wieder die Rede. Noch 1957 sprach Hermann Aubin, ein führender deutscher Historiker, von Deutschland als der „Schildwache des Abendlands“ gegen den slawischen Osten, eine Rolle, die die Deutschen schon seit 1000 Jahren ausgeübt hätten.

Zu den „Deutschherren“ ist es von hier nicht mehr weit. Und ohne seine unbestreitbaren lokalhistorischen Bezüge marginalisieren zu wollen, fällt es nicht schwer, diesen Namensvorschlag der Lehrerschaft auch in einen weiteren politischen und sozialkulturellen Kontext zu stellen. Der Namensvorschlag „Deutschherren-“, oder „Deutschhaus-Schule“ spiegelte nicht nur den Antikommunismus der fünfziger Jahre, sondern auch eine viel weiter reichende Modernitätskritik, die ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Entwicklung des Gymnasiums fand. Politisch verband sich das mit der Bewertung der Vertreibung und der Frage nach der Zukunft der ehemals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neisse, die nun, wie es hieß, unter polnischer beziehungsweise sowjetischer Verwaltung standen. Wenn die Marburger Lehrer betonten, es gehe ihnen darum, „die geistige Verbindung mit den Vertreibungsgebieten aufrechtzuerhalten“, dann setzten sie damit nur um, was in der Bundesrepublik der Ära Adenauer politischer Konsens war und was schulpolitisch nicht zuletzt die Kultusministerkonferenz in ihren „Empfehlungen zur Ostkunde“ von 1956 für den Unterricht beschlossen hatte: nämlich, die Wiedervereinigung und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zu thematisieren und Deutschland als Einheit, also mit „Mitteldeutschland“ und den „zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Gebieten“ im Osten zu behandeln. Vergleichbare Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht gab es übrigens bis in die sechziger Jahre nicht.

Nun dürfen wir aber nicht nur den Vorschlag der Lehrer historisch einordnen, sondern wir müssen auch fragen, warum dieser Vorschlag sich nicht durchsetzte – weder in Marburg noch in Wiesbaden. Aus den spärlichen Quellen sind die Entscheidungsgründe im einzelnen nicht nachzuvollziehen. Doch man geht wohl nicht zu weit, wenn man in der Ablehnung des Namens „Deutschherren-Schule“ auch Indizien für eine in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre allmählich einsetzende Veränderung des sozialkulturellen Klimas erkennt, in dem nun traditionelle deutsche Ordnungsvorstellungen auf den Prüfstand gerieten. Und es spricht manches dafür, dass sich im reformorientierten Hessen der Ära Zinn die politische Kultur früher zu wandeln begann als in anderen Ländern der Bundesrepublik. Ob Hessen in diesen Prozessen tatsächlich – einmal mehr – vorne war, bliebe von einer modernen Landeszeitgeschichte

noch zu ergründen. Auszuschließen ist es aber keineswegs.

Nun wäre es gewiss überaus verlockend, man könnte in der Wahl des Namens „Martin-Luther-Schule“ eine Absage an all die Entwicklungen und Ideen der fünfziger Jahre sehen, die ich hier geschildert habe. Doch so einfach können wir es uns nicht machen. Auch der Name „Martin-Luther-Schule“ hat seinen zeithistorischen Kontext – die Ära Adenauer, die Wirtschaftswunderjahre – aus dem wir ihn nicht befreien können. Es will freilich scheinen, als habe der Schulleiter, Fritz Dickmann, der ja den Namensvorschlag des Lehrerkollegiums nicht teilte, die konservative Stabilisierung des Gymnasiums in den fünfziger Jahren sehr skeptisch betrachtet. Wichtige Reformansätze seien stecken geblieben oder gar vereitelt worden, betonte er Anfang der sechziger Jahre, und so stehe, um ihn zu zitieren, „die deutsche höhere Schule heute beinahe wieder an demselben Punkt wie vor 40 oder 50 Jahren“. Doch Bewahren und Beharren allein dürften nicht das Ziel sein.

Hier kommt der Reformator, hier kommt Martin Luther ins Spiel, zu dessen Werk und Wirken sich Fritz Dickmann als Historiker, als Frühneuzeithistoriker, der 1959 ein viel beachtetes wissenschaftliches Werk über den Westfälischen Frieden publizierte, ein Urteil durchaus erlauben konnte. Luther war gerade in Dickmanns Auffassung als ein großer Veränderer nicht nur der Religion, sondern auch von Politik und Gesellschaft zu betrachten. Das mag uns heute trivial vorkommen, war es aber vor 50 Jahren mitnichten, und es will scheinen, dass diese allgemeine Reformorientierung, für die Luther in Dickmanns Wahrnehmung stand, seine Präferenz für den Namen „Martin-Luther-Schule“ erklären hilft. Dafür spricht auch Dickmanns Vermittlungsvorschlag angesichts des Konflikts zwischen Lehrerkollegium und Magistrat, das Gymnasium „Humboldt-Schule“ zu nennen, um damit zweifellos gleichfalls den Gedanken der Reform im Namen der Schule aufscheinen zu lassen.

Luthers Leben, Luthers Werk und Luthers Namen wurden insbesondere in Deutschland stets benutzt, um politische und kirchenpolitische Anliegen zu artikulieren. Das hat der Göttinger Historiker Hartmut Lehmann erst vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf den 500. Jahrestag des Beginns der Reformation im Jahr 2017 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung noch einmal hervorgehoben. Diese Luther-Bezüge waren alles andere als widerspruchsfrei. Ja, selbst einzelne Luther-Deuter veränderten,

gerade in den kataraktartigen politischen Wechseln des 20. Jahrhunderts, ihre Position. Hatte Thomas Mann sich 1918 in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ begeistert zu Luther bekannt, so wollte er am 24. Mai 1945, wenige Tage nach dem Ende des NS-Regimes, in dem Reformator einen typischen deutschen „Geisteshelden“ sehen, „einen heftigen und rohen, dabei tief beseelten und innigen Ausbruch deutscher Natur ... , einen mächtigen Hasser, zum Blutvergießen von ganzem Herzen bereit“. Beim Luther-Jubiläum 1946, dem 400. Todestag, galt der Reformator führenden Protestanten in Deutschland in großer Zurückhaltung als der „beste Tröster seiner Deutschen“, eine nachvollziehbare Wendung ins Unpolitische, nachdem die pro-nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ nach 1933 Luthers Werk als „Beitrag zur Erneuerung Deutschlands“ gepriesen, ja den Reformator als gottgesandten Vorboten des Führers dargestellt hatten. Die Bekennende Kirche hingegen, der auch Fritz Dickmann angehörte, berief sich angesichts der nationalsozialistischen Kirchenpolitik auf Luther als den Garanten für die unverfälschte christliche Botschaft. Von hier aus lassen sich dann durchaus Linien in die Nachkriegsjahre ziehen.

So beherrschte der Imperativ einer Rechristianisierung die Jahre unmittelbar nach dem Ende von Krieg und Gewaltherrschaft. Angesichts der moralischen Erschütterung und der tiefen Verunsicherung, die die Verbrechen des Nationalsozialismus und das allmähliche Bekanntwerden ihres ganzen Ausmaßes ausgelöst hatten, schien allein die christliche Botschaft noch Halt und Orientierung bieten zu können. So besetzten die Kirchen das ideelle Vakuum, das im Schatten der „deutschen Katastrophe“, wie es Dickmans akademischer Lehrer Friedrich Meinecke nannte, entstanden war. Doch die Zeit der Rechristianisierung – der verstärkte Kirchenbesuch ist nur ein Indiz dafür – währte nur kurz. Mit dem Wiederbeginn des politischen Lebens vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und mit jener politischen Dynamik, die binnen weniger Jahre zur Gründung der Bundesrepublik führte, verlor der religiöse Bezug rasch wieder seine Dominanz in der politischen Ideenwelt der Deutschen.

Dennoch kann man die Rolle der Kirchen in Politik und Gesellschaft der frühen Bundesrepublik kaum überschätzen. Im Grundgesetz und in den Länderverfassungen wurde nicht nur die Freiheit und Selbständigkeit der Kirchen fixiert, sondern es wurden ihnen auch - bis hin zum Besteuerungsrecht - zahlreiche Privilegien eingeräumt, die

unterstrichen, dass die Kirchen einen öffentlichen, von der Verfassung anerkannten Status besaßen. Nach Gründung der Bundesrepublik gelang es beiden Kirchen rasch, ihre politische und gesellschaftliche Position weiter auszubauen. Sie waren vielfältig – und zum Teil gilt das ja bis heute – hineinverflochten in das politische und gesellschaftliche Leben. Es gab, so hat es Edgar Wolfrum jüngst noch einmal nachgezeichnet, kaum einen Lebensbereich, in dem kirchlicher Einfluss nicht zu spüren gewesen wäre: vom Erziehungs- und Bildungswesen über den Gesundheitsbereich, das Rundfunk- und Fernsehwesen und den Strafvollzug bis hin zur Bundeswehr. Und in Bonn versuchten die katholische und die evangelische Kirche ihre Positionen in den politischen Prozess in seiner gesamten Breite einzuspeisen.

Obwohl sich durch die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen seit der Schlussphase des Krieges das katholische Milieu aufzulösen begonnen hatte, betrachtete die katholische Kirche – und viele Katholiken – die Bundesrepublik von Anfang an als ihren Staat. Das lag nicht nur an der Kanzlerschaft des rheinischen Katholiken Adenauer, sondern es lag auch an der schlichten Tatsache, dass sich die Katholiken in der Bundesrepublik nicht länger in einer strukturellen Minderheitsposition befanden wie im deutschen Nationalstaat seit 1871. Erstmals herrschte nun ein numerisches Gleichgewicht zwischen den beiden Konfessionen. Die katholische Kirche unterstützte die Politik Adenauers, namentlich seinen Westkurs und die Politik der europäischen Integration, ohne Einschränkung. Das fiel Katholiken leichter als Protestanten, weil für sie der Gedanke der Nation und der Nationalstaat – vor allem in seiner preußisch-protestantischen Variante – bei weitem nicht so positiv besetzt waren wie für Protestanten. Durch den engen Schulterschluss mit der Regierung gelang es dem Katholizismus, der Ära Adenauer seinen Stempel aufzudrücken, ohne dass freilich aus der Bundesrepublik je ein „klerikaler Staat“ geworden wäre, eine Dependence des Vatikan, wie es von Gegnern Adenauers immer wieder polemisch behauptet wurde. Gerade der Bundeskanzler achtete stets peinlich genau darauf, den gesellschaftlichen Gestaltungsambitionen der katholischen Kirche – nicht zuletzt im Erziehungs- und Schulwesen – Grenzen zu setzen.

Der Protestantismus bewahrte demgegenüber zunächst eine ausgeprägte Reserve gegenüber der Bundesrepublik. Viel länger als die katholische Kirche betrachtete die

evangelische den Weststaat als „Notdach“. Die 1948 gegründete Evangelische Kirche Deutschlands – die EKD – war nicht nur organisatorisch, sondern auch im Bewusstsein der Kirchenführer eine gesamtdeutsche Institution. Von daher fiel es vielen Protestanten schwer, den Westkurs Adenauers zu befürworten. Stattdessen empfand man es als wichtige nicht nur politische, sondern auch geistliche Aufgabe, nach Kräften für die Einheit von Volk und Nation zu arbeiten und dabei auch daran zu denken, „dass mehr als neun Zehntel der auf deutschem Boden unter kommunistischem Terror gehaltenen Deutschen Protestanten sind“, wie es ein führender Vertreter des deutschen Nachkriegsprotestantismus noch 1959 formulierte.

Doch auch wenn man diese Unterschiede betont, wäre es doch verfehlt, von den fünfziger Jahren als einem neuen „konfessionellen Zeitalter“ zu sprechen. Von einem Gegeneinander der Konfessionen konnte – bei aller Distanz, die es gewiss noch gab – keine Rede mehr sein. Beide Kirchen stemmten sich gegen die Tendenzen der Säkularisierung, die in den Wirtschaftswunder-Jahren wieder machtvoll einsetzten. Durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen war überdies die konfessionelle Durchmischung vorangetrieben worden und hatte auch das protestantische Marburg und damit seine Schulen in den fünfziger Jahren längst erreicht. Unter dem Einfluss dieser Entwicklung schwanden konfessionell geprägte Kulturen. Das bestätigten auch die Lehrer der Martin-Luther-Schule 1957, als sie in ihrem Protestschreiben auf die „von konfessionellen Bedenken völlig freie Zusammenarbeit der Konfessionen an unserer Schule“ hinwiesen, als sie an die „gleichermaßen von Lehrern beider Konfessionen durchgeführten christlichen Andachten“ erinnerten. 30 Jahre früher wäre das undenkbar gewesen.

Das war keine Verschmelzung der Konfessionen, aber doch Ausdruck eines Abbröckelns traditioneller konfessioneller Unterschiede und wechselseitiger Abgrenzungen. Damit aber schwanden auch – langsam, aber unverkennbar – die Grundlagen für die Ausbildung spezifischer und konkurrierender Traditionen des Gedenkens an die Reformation und – in ihrem Zentrum – an Martin Luther. Luther konnte gleichsam entkonfessionalisiert werden, ohne dadurch seine Bedeutung für den Protestantismus und die protestantische Theologie zu schmälern. Weit entfernt von bloßer Selbstvergewisserung der Protestanten, wurde es so möglich, Luther in seiner geistes- und ideengeschichtlichen Bedeutung

wahrzunehmen, ihn als Auslöser eines fundamentalen politischen und sozialen Wandels zu würdigen und ihn so über die Konfessionsgrenzen hinweg zu erinnern. Damit scheint mir der historische Ort markiert, an den wir die Namensgebung der Martin-Luther-Schule 1958 zu stellen haben.

In der Beschäftigung mit der Namensgebung der Martin-Luther-Schule vor 50 Jahren hat sich ein weiterer Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit geöffnet. Zentrale zeithistorische Entwicklungslinien sind sichtbar geworden: Entwicklungslinien, die verstehen lassen, warum wir mit Blick auf die junge Bundesrepublik weder von Neubeginn noch von Restauration sprechen können, sondern stattdessen von Modernisierung im Wiederaufbau oder von Modernisierung unter konservativen Auspizien. Viel zu lange sind – auch in der Geschichtswissenschaft – die fünfziger Jahre als muffig, als spießig, als kleinbürgerlich abgetan worden, und man hat dem vermeintlichen Muff der Adenauer-Zeit die Aufbruchstimmung, die soziale, die politische und die kulturelle Dynamik der sechziger Jahre entgegengestellt. Ja, die fünfziger Jahre waren muffig, sie waren spießig, und sie waren kleinbürgerlich. Aber sie waren es eben nicht nur. Es ist Zeit, sich von solchem Schwarz-weiß-Denken zu verabschieden und auch die fünfziger Jahre als Periode des Wandels und fundamentaler Veränderungen zu betrachten, von denen die Bundesrepublik, so wie wir sie heute kennen, nicht weniger geprägt wurde als von irgendeinem späteren Jahrzehnt. Und wer den abstrakten Beobachtungen und allgemeinen Überlegungen der Zeithistoriker nicht trauen mag, der befasse sich ganz konkret mit der Namensgebung der Martin-Luther-Schule. Wir finden in dieser Namensgebung ein reiches zeithistorisches Lehrstück.

Literaturhinweise:

Gérald Chaix: Die Reformation, in: Etienne François / Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001, Bd. 2, S. 9-27.

Eckart Conze: Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen“ Politikgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 2005, S. 357-380.

Ders.: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009.

Torsten Gass-Bolm: Das Gymnasium 1945-1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland, Göttingen 2005.

Benno Hafenecker / Wolfram Schäfer (Hg.): Marburg in den Nachkriegsjahren, 3 Bde., Marburg 1998-2006.

Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4: 1945 bis zur Gegenwart (Erster Teilband: Bundesrepublik Deutschland), hg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck, München 1998.

Hartmut Lehmann: Die Deutschen und ihr Luther, in: FAZ, 26.8.2008, S. 7.

Margret Kraul: Das deutsche Gymnasium 1780-1980, Frankfurt a.M. 1984.

Martin-Luther-Schule 1838-1988. Eine Dokumentation, hg. von Werner Bauch u.a., Marburg 1988.

Martin-Luther-Schule in Marburg an der Lahn 1838-1963, Marburg 1963.

Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

Axel Schildt: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1999.

Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer, 2 Bde., Stuttgart/Wiesbaden 1982 u. 1983.

Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.